

GSP.S-01 Kapitel 6: Solidarität sichern

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 24.08.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-S Solidarität sichern

Antragstext

1 **Kapitel 6: Solidarität sichern**

2 **Sicherheitsversprechen**

3 (274) Es braucht ein neues soziales Sicherheitsversprechen. Ein starkes soziales Netz
4 ist

5 die Grundlage für persönliche Entfaltung und gesellschaftlichen Zusammenhalt.
6 Soziale

7 Politik schafft Teilhabe. Dafür braucht es soziale Infrastruktur, Orte des Miteinanders,
8 diskriminierungsfreie Zugänge sowie gleichwertige Lebensverhältnisse. Eine gute
9 Daseinsvorsorge ist Voraussetzung für Zusammenhalt.

10 (275) Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen
11 Voraussetzungen

12 nicht beachtet werden. Das Grundgesetz soll deshalb um soziale Grundrechte ergänzt
13 werden.

14 (276) Die weitere Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union ist
15 eine

16 Voraussetzung für eine von allen positiv erlebte Freizügigkeit. Europa braucht daher
17 Investitionen in sozialen Zusammenhalt und Klimaschutz und keine destruktive
18 Sparpolitik.

19 Sie hat die Europäische Union in der Vergangenheit auseinandergetrieben.

20 **Arbeit**

21 (277) Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit mehr als Existenzsicherung. Arbeit
22 stiftet

23 Sinn, man gehört dazu, bringt etwas voran. Erwerbsarbeit in Vollzeit muss immer so
24 viel wert

25 sein, dass man davon auskömmlich leben kann. Arbeit umfasst aber auch Sorge- und
ehrenamtliche Arbeit, die für eine funktionierende Wirtschaft unerlässlich ist. Auch
diese

Arbeit muss mehr Anerkennung erfahren und aufgewertet werden.

(278) Jeder Mensch muss von seiner Arbeit leben können und darf nicht ohne soziale
Absicherung sein. Dafür braucht es ein starkes Arbeitsrecht. Dazu zählen faire Löhne,
ein

armutsfester Mindestlohn, Lohngleichheit bei gleicher und gleichwertiger Arbeit, klare
Vorgaben zu Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die Regelung von Arbeitszeiten.

Das

Arbeitsrecht muss auch in digitalen Arbeitsmodellen und Unternehmen vollständig
gelten und

gestärkt werden.

26 (279) Die Vertretung von Arbeitnehmer*innen-Interessen durch Gewerkschaften und
Betriebsräte
27 gilt in allen Unternehmen und Branchen. Die Sozialpartnerschaft muss auch im Wandel
bewahrt
28 und ausgebaut werden. Für ihre Lebensplanung brauchen Menschen Verlässlichkeit,
auch im
29 Erwerbsleben. Dazu gehören ein effektiver Kündigungsschutz, Tariflöhne und, wo
möglich,
30 unbefristete Arbeitsverträge. Die Tarifbindung muss gestärkt werden und die
öffentliche Hand
31 soll dies bei ihrer Auftragsvergabe berücksichtigen. Starke Gewerkschaften sind dabei
starke
32 Partner.

33 (280) Eine vielfältige Gesellschaft bringt immer vielfältigere Formen der Beschäftigung
und
34 Arbeit hervor, oftmals jenseits der Festanstellung. Um Solo-Selbstständige zu
unterstützen
35 und gleichzeitig in das Sozialsystem einzubinden und um prekäre Lebensverhältnisse
zu
36 verhindern, sollen neue Sicherungsmodelle entwickelt werden. Solo-Selbstständigen
soll der
37 Eintritt in die Gesundheits- und Rentenversicherung erleichtert werden und sie sollen
die
38 Möglichkeit haben, sich gegen Arbeitslosigkeit zu versichern. Dabei haben die
besonderen
39 Bedingungen des jeweiligen Berufsbildes Auswirkungen sowohl auf den Anspruch wie
auf die
40 Auszahlung.

41 (281) Menschen mit Behinderung, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten
oder dort
42 arbeiten möchten, sollen die dafür notwendige Unterstützung erhalten. Menschen mit
43 Behinderung, die bislang in Werkstätten arbeiten, sollen bessere Möglichkeiten
bekommen, in
44 den allgemeinen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu wechseln. Dafür sollen sich
Werkstätten
45 weiter öffnen. Als echte Alternativen zu den Werkstätten sollen
Integrationsunternehmen
46 ausgebaut werden. Das Ziel ist ein inklusiver Arbeitsmarkt.

47 (282) Die ökologische Transformation und der digitale Wandel ändern das Wirtschaften
48 grundlegend, und damit auch die Arbeit und die Arbeitsbedingungen. Die Hälfte der
Kinder,
49 die in die Schule kommen, werden später in Berufen arbeiten, die es heute noch gar
nicht
50 gibt. Die Digitalisierung der Arbeitswelt bietet Chancen und Risiken. Welche Tendenzen
sich
51 durchsetzen, ist eine Frage der politischen Gestaltung. Ohne klare politische Steuerung
52 erleben wir neue Formen von Ausbeutung, Überforderung und Entfremdung, von
Überwachung und

53 ständiger Erreichbarkeit. Doch wenn die Transformation politisch organisiert wird,
bietet
54 sie große Chancen für mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Es gilt, die Möglichkeiten
der
55 Digitalisierung zu nutzen, um schwere Tätigkeiten zu erleichtern.

56 (283) Neben Einkommen ist Zeithaben für viele Menschen ein immer größerer Wert.
Die
57 Verfügbarkeit über die eigene Zeit schafft Lebenszufriedenheit. Die Steigerung der
58 Produktivität soll so genutzt werden, dass Menschen freier und souveräner agieren
können.
59 Die Möglichkeit, selbst über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen, gilt es zu stärken.
60 Gleichzeitig kann durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung Arbeit gerechter verteilt
61 werden, so dass alle Menschen mehr Zeit für sich selbst, ihre Familien, ihre Hobbys
und für
62 gesellschaftliches Engagement haben. In Zeiten der Erziehung, Pflege und
Weiterbildung
63 braucht es eine solidarische Unterstützung und Förderung.

64 (284) Die Veränderung der Arbeitswelt verlangt den Menschen viel ab: Flexibilität,
65 Umstellung, Anstrengung. Es braucht einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung, der
solidarisch
66 finanziert wird. Für Menschen, die durch den Strukturwandel ihre Arbeit verlieren, gibt
es
67 eine besondere gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Arbeitslosigkeit darf nicht zum
68 Ausschluss vom Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe führen.

69 (285) Homeoffice bietet viele Möglichkeiten der selbstbestimmten Arbeitsgestaltung.
Das
70 Recht auf Homeoffice muss gestärkt werden und grundsätzlich einhergehen mit einem
Recht auf
71 einen Arbeitsort auch außerhalb der eigenen vier Wände. So wird die Gefahr einer
72 Doppelbelastung, insbesondere für Frauen und Mütter, gemindert.

73 (286) Arbeit soll sich stärker am Leben der Menschen ausrichten und nicht das Leben
an der
74 Arbeit. Digitalisierung bietet die Möglichkeit für mehr Souveränität und Flexibilität.
Dafür
75 ist mehr Mitsprache von Beschäftigten bei Umfang, Art und zeitlicher wie örtlicher
Lage der
76 Arbeit nötig. Erwerbsarbeit darf nicht in andere Bereiche übergreifen. Überstunden
müssen in
77 allen Bereichen erfasst und abgegolten werden.

78 (287) Menschen, die sich in sozialen und sorgenden Berufen um andere Menschen
kümmern, sind
79 das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es fehlt ihnen oft an gesellschaftlicher
Anerkennung
80 und guten Arbeitsbedingungen. Das betrifft vor allem Frauen. Ihre Leistung für das
81 Gemeinwesen muss aufgewertet und besser bezahlt werden. Das umfasst vor allem
eine bessere

82 finanzielle Ausstattung von kommunalen Einrichtungen sowie Investitionen in die
83 Daseinsvorsorge.

84 (288) Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt und ist eine wichtige Säule
85 unserer
86 Arbeitswelt. Die Rechte von Auszubildenden müssen gestärkt werden und es braucht
87 mehr
88 betriebliche Mitbestimmung. Ausbildungen umfassen Arbeit, sie muss gut entlohnt
89 werden.

87 **Geschlechtergleichstellung**

88 (289) Noch immer bestehen große ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen
89 den
90 Geschlechtern. Um Gleichberechtigung zu erreichen, ist das Arbeitsleben zentral. Das
91 Prinzip
92 der gleichen Bezahlung für gleichwertige Arbeit muss durchgesetzt werden.

91 (290) Alleinerziehend zu sein ist oftmals trotz Arbeit ein hohes Armutsrisiko,
92 überwiegend
93 für Mütter. Alleinerziehende müssen besonders vom Staat abgesichert werden.

93 (291) Durch zahlreiche Regelungen im Steuer- und Sozialrecht wird eine ungleiche
94 Aufteilung
95 von Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern gefördert. Statt den Tauschein zu
96 fördern,
97 soll für künftig geschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung gelten und
98 stattdessen
99 sollen gezielt Kinder und Familien gefördert werden. Das Steuer-, das Arbeits- und das
100 Sozialrecht müssen auf gleichen Rechten beruhen und geschlechtsneutral wirken. Sie
101 sollen
102 stärker an ökonomischer Unabhängigkeit ausgerichtet werden. Erwerbstätigkeit soll
103 sich für
104 alle gleichermaßen lohnen.

100 (292) Nicht nur unser gesellschaftliches Zusammenleben, auch unser wirtschaftlicher
101 Wohlstand baut auf Sorgearbeit auf, die meistens unbezahlt oder unterbezahlt von
102 Frauen
103 geleistet wird. Es gilt, die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Arbeit gerecht
104 zwischen den Geschlechtern verteilt werden kann. Insbesondere Kinderbetreuung und
105 die Pflege
106 von Angehörigen und Freunden sind keine Privatsache, sondern gesellschaftliche
107 Aufgabe.

105 **Soziales Netz**

106 (293) Soziale Transferleistungen sollen durch eine Garantiesicherung nach dem Prinzip
107 der
108 Bedarfsgerechtigkeit erfolgen. So soll jedem Menschen ein Leben ohne Existenzangst
109 ermöglicht werden. Die Leistungen werden möglichst dort erbracht, wo man lebt, und
110 berücksichtigen die konkrete Situation. Ihre Inanspruchnahme darf nicht durch
111 bürokratische
112 Hürden in den Antragsverfahren faktisch verhindert werden.

- 111 (294) Mit der Garantiesicherung überwinden wir Hartz IV. Sie schafft neben dem
112 Existenzminimum die Möglichkeit zu sozialer und kultureller Teilhabe. Diese Garantie soll
113 ohne weitere Bedingungen für jeden Menschen gelten, dessen eigenes Einkommen
114 und Vermögen nicht ausreicht. Die Garantiesicherung schützt vor Armut. Eigenes Tätigwerden muss
115 sich immer lohnen und honoriert werden.
- 116 (295) Existenzsichernde Sozialleistungen sollen Schritt für Schritt zusammengeführt
117 und langfristig soll die Auszahlung in das Steuersystem integriert werden. So schaffen wir
118 einen transparenten und einfachen sozialen Ausgleich. Verdeckte Armut wird überwunden.
- 119 (296) Ein starkes soziales Sicherungssystem gibt es nur mit einem sozialen Europa.
120 Die Währungsunion muss um einen sozialen Binnenmarkt erweitert werden, damit die
121 Schieflage zwischen weitreichenden wirtschaftlichen Freiheiten und wenig entwickelten Arbeits-
122 und Sozialstandards in der EU korrigiert wird. Dafür braucht es gemeinsame soziale
123 Standards,
124 wie etwa zu Mindestlohn und Grundsicherung, sowie eine europaweite
125 Arbeitslosenrückversicherung.
- 126 (297) Einer Gesellschaft mit hoher Gleichheit geht es fast immer besser als einer
127 Gesellschaft mit hoher Ungleichheit. Dennoch hat die soziale Ungleichheit
128 zugenommen.
129 Ungleiche Vermögen führen zu ungleichen Einkommen und ungleichen
130 Lebenschancen, die sich über Generationen vererben. Das bedeutet finanzielle Not für viele Menschen, einen
131 Verlust an Zufriedenheit, es treibt die Menschen auseinander und schadet dem friedlichen
132 Zusammenleben und der wirtschaftlichen Stabilität. Das Steuersystem soll
133 Ungleichheit reduzieren. Es braucht eine gleichere Verteilung von Einkommen, Vermögen,
134 Erbschaften und Chancen und die Verbesserung der öffentlichen Infrastrukturen, die sozialen
135 Zusammenhalt und Teilhabe schaffen.
- 136 (298) Gerade bei Kindern und Jugendlichen führen eine ungleiche Verteilung von
137 Einkommen und Vermögen sowie ungleiche Bedingungen je nach Wohnort oder Zugang zum
138 Bildungssystem zu ungleichen Lebenschancen. Alle Kinder brauchen funktionierende und zugängliche
139 öffentliche Orte wie Kitas und Schulen oder Sportvereine, Schwimmbäder und Bibliotheken. Kein
140 Kind in unseren reichen Gesellschaften darf arm oder ein Armutsrisiko für Eltern sein. Jedes
141 Kind ist gleich viel wert. Das soll über eine Kindergrundsicherung garantiert werden.

140 (299) Es gilt, die soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge in ganz Europa
141 gemeinsam auszubauen und im Sinne geteilter Gemeingüter zu stärken.

142 **Rente**

143 (300) Solidarität lebt davon, dass sich alle an ihr beteiligen. Die Sozialversicherungen
144 sollen deshalb zu Bürgerversicherungen weiterentwickelt werden, so dass alle
Menschen vom
145 Schutz der Sozialversicherungen profitieren und sich entsprechend ihren Einkommen,
egal ob
146 aus selbstständiger Arbeit, Lohn oder Zins, solidarisch beteiligen.

147 (301) Das Umlagesystem der Rentenversicherung sichert als Generationenvertrag die
148 Altersvorsorge. Gleichzeitig stehen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung durch
die
149 strukturelle Alterung der Gesellschaft vor großen Herausforderungen. Oberste Priorität
ist,
150 die Altersarmut zu verhindern und ein lebensstandardsicherndes Rentenniveau zu
erhalten.

151 Langjährig in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte dürfen im Alter nicht
auf
152 Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein.

153 (302) Die Einwanderung von Arbeitskräften, eine steigende Erwerbsbeteiligung von
Frauen
154 sowie eine breitere Solidarität über eine Bürgerversicherung helfen dabei, das
Rentenniveau
155 langfristig abzusichern. Auch die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und
das
156 Vermeiden prekärer Erwerbsbiographien trägt dazu bei, Altersarmut zu vermeiden.

157 (303) Private und betriebliche Altersvorsorge können die gesetzliche Rente sinnvoll
158 ergänzen. Die kapitalgedeckten Säulen der Altersvorsorge sollen künftig öffentlich
159 organisiert und verwaltet werden. Jede*r, die oder der nicht widerspricht, soll sich
daran
160 beteiligen. So wird eine attraktive Rendite auch für Kleinanleger*innen erzielt.